

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Markus Löning, Jens Ackermann,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/10311 –**

Globalen Freihandel stärken – Protektionismus bekämpfen

A. Problem

Vollständige Öffnung des europäischen Marktes für alle Anbieter; Abschaffung diskriminierender Einfuhrquoten; Einfuhrbeschränkungen auf weitere Berechtigung prüfen; größere Spielräume für unternehmerische Landwirtschaft.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/10311 abzulehnen.

Berlin, den 27. Mai 2009

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Erich G. Fritz
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/10311** wurde in der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Mai 2009 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union den WTO-Grundsatz „Single Undertaking“ einseitig, unconditioniert und unverzüglich suspendiert. Bereits gefundene Kompromisse wie der zoll- und quotenfreie Marktzugang sollen umgesetzt werden. Die Politik soll auf eine vollständige Öffnung des europäischen Marktes abzielen und sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union binnen fünf Jahren auf die Erhebung von Einfuhrzöllen verzichtet. Des Weiteren müsste sie ab 2013 einen größeren Spielraum für eine unternehmerische Landwirtschaft schaffen. Die Antragsteller fordern einen jährlichen Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der Welthandelsordnung und diesbezügliche Initiativen der Bundesregierung. Die Marktzugangsdatenbank (MADB) soll zu einem Instrument zur Erfassung von Handelshemmnissen ausgebaut werden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die Notifizierung von Subventionen und internen Schutzmaßnahmen nach ASCM-Standards (agreement on subsidies and countervailing measures) bei der WTO vorgenommen wird. Schließlich soll sie bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit die positiven Effekte des Freihandels stärker hervorheben.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/10311 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 132. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 27. Mai 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag der Fraktion der FDP in seiner 95. Sitzung am 27. Mai 2009 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/10311 zu empfehlen.

Berlin, den 27. Mai 2009

Erich G. Fritz
Berichterstatter

